

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Berlag Dr. Friedrich Demer, Berlin SW 61, Lentzstr. 2-3 • Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kradel, Berlin-Friedenau, Mühlstr. 2 • Druck: Bestreuungs-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Kollwitzstr. 7 • Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr • Anzeigenpreisliste 3 • J. u. B. g. • Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Kestler 46 (Telefon B 5 Barbarastraße 0914) zu richten

Nr. 22

Berlin, den 15. November 1936

17. Jahrgang

Deutsche Namen in Polen

In welches Gebiet des geistigen, politischen und wirtschaftlichen Lebens Polens man auch hineingreifen mag, überall stößt man gerade unter den führenden Schichten auf eine ununterbrochene Kette von Männern, die zwar deutsche Namen tragen und deren Ahnenreihe auch in deutsches Volkstum zurückreicht, die man aber trotz Namen und Abstammung ihrem Bekenntnis nach als Polen ansprechen muß. Es kann nicht bestritten werden, daß das geistige Leben Polens zum nicht geringen Teil gerade auf den Leistungen dieser Männer mit deutschen Namen und deutscher Herkunft zurückgeht. Nur einige der bekanntesten Namen seien genannt:

Das erste große Wörterbuch der polnischen Sprache, das den gesamten polnischen Sprachschatz enthielt und erklärte, wurde von Samuel Gottlieb Lінде verfaßt. Joachim Lelewel, der dem Königsberger Geschlechte der Voelhoeffel entstammte, wurde zum Begründer der neuzeitlichen Geschichtsforschung Polens. Der berühmteste polnische Rechtsgelehrte des 19. Jahrhunderts war Romuald Hube, der Sohn eines deutschen Großgrundbesizers aus der Bromberger Gegend. In der Erforschung der polnischen Volkslieder und -bräuche hat Winzenc Pol, der als Sohn des aus dem Ermland stammenden und in österreichische Dienste getretenen Fiskalbeamten Pohl von Pollenburg in Lublin geboren wurde, bahnbrechend gewirkt. Heinrich Dskar Kolberg, dessen deutsche Familie aus dem Mecklenburgischen kam, wurde als der eigentliche Schöpfer der polnischen Volkskunde berühmt. Der Philosoph Joseph Hoene, der sich später den Beinamen Bronski zulegte, erlangte sich den Ruf des größten polnischen Denkers des 19. Jahrhunderts; er war der Sohn des aus Deutsch-Böhmen nach Polen eingewanderten Baumeisters Anton Hoene und seiner Frau Gertrud Gruber. Als Feind des Deutschtums und als Begründer einer nationalpolnischen Philosophie wurde der einer deutschen Familie entstammende Karol Libelt aus Posen bekannt. Der polnische „Anspruch“ auf die deutsche Kolonie Kamerun gründet sich auf die Arbeit des Forschers Schulz, der sich später Szulc-Rogozynski genannt hat. Unter den zahlreichen Trägern deutscher Namen (und deutscher Abstammung), die sich als Verleger und Herausgeber um die Entwicklung des geistigen Lebens in Polen verdient gemacht haben, erlangten Gustav Gebethner und Robert Wolff internationale Bedeutung. Von den vielen polnischen Schriftstellern und Dichtern, die in ihren deutschen, z. B. freilich schon verunstalteten Namen die Erinnerung an ihre deutsche Herkunft bewahrt haben, seien genannt Ludwig Anczyz, der ursprünglich Anshütz geheißen hat, Waclaw Berent, der als der bedeutendste polnische Schriftsteller der Gegenwart gilt, Lucjan Rydel, der sich ursprünglich Nidel geschrieben hat, Kazimierz Letmajer, der, von deutschen Kolonisten aus der Lemberger Gegend abstammend, durch seine Kunstmärchen bekannt wurde, und Josef Weyßenhoff, der einem verpöhlten deutschbaltischen Adelsgeschlechte entstammte. Von ihnen allen

gilt mehr oder weniger das, was Adolf Nowaczynski kürzlich in der Warschauer Wochenschrift „Prosto z mostu“ gesagt hat: „Viele dieser deutschstämmigen Polen haben nachträglich aus einem gewissen Hang zur Verleugnung ihrer Abkunft falsche Angaben über ihre Vorfahren gemacht.“ Und gar viele von ihnen sind zu erbitterten Feinden des Deutschtums geworden; sie haben das Volkstum dem sie selber entstammten, mit dem tiefen Haß der Renegaten verfolgt; sie haben gedacht und gehandelt nach den Worten des Deutschenstämmungs- und polnischen Dichters Artur Dppman, der in einem seiner Gedichte gesagt hat: „Alles Deutsche ist verräterisch, alles Polnische ist heilig, und „der jeden Tropfen deutschen Blutes in seinen Adern verschluckt“.

Was für die Schöpfer des modernen polnischen Geisteslebens gilt, gilt auch für die Schöpfer des neuzeitlichen Kunstlebens in Polen. Auch hier reihen sich die Träger deutscher Namen zu einer ununterbrochenen Kette. Um nur die größten zu nennen: Artur Grottler, der die polnische Geschichte in seinen Bildern verherrlichte, war der Nachkomme eines alten deutschen, aber verpolten Geschlechtes aus Lemberg. Zu den Hauptvertretern der polnischen Schlachtenmalerei gehörte der als Nachfahre deutscher Kolonisten im Lubliner Lande geborene Josef Brandt. Albert Gerson, der Professor an der Warschauer Maltschule war, erfreute sich wegen seiner Gemälde, die den Haß gegen den Deutschritterorden predigten, in Polen allgemeiner Beliebtheit. Und — das sei nur am Rande erwähnt — der berühmteste polnische Maler, Jan Matejko, war der Sohn eines aus Böhmen eingewanderten Tschechen und einer Deutschen namens Johanna Karoline Rosßberg.

Unerschöpflich ist auch die Reihe der Träger deutscher Namen unter den Schöpfern des modernen Wirtschaftslebens im ehemals russischen Polen. Hunderte von Namen bedeutender Pioniere der industriellen Entwicklung ließen sich nennen: in Lodz Scheibler, Kretschmer, Steigert, Biedermann, Müller, Bendorff, Keilich, Welker, Gampe, Albrecht, Thiele, Kindermann, Häbler, Hüffer, Keller und Eisert; in Pabianice Kindler und Ender; in Jhradow Dittich und Hille; in Sosnowitz Dietel, Schön, Schmelzer, Figner und Gamber; in Radom Wickenhagen und Rasch und viele andere mehr.

Ungezählte deutsche Menschen sind im Laufe der Jahrhunderte im Polentum untergegangen. Viele Tausende von ihnen haben zu denen gehört, die zu führenden Stellungen im geistigen, wirtschaftlichen und politischen Leben des polnischen Volkes aufstiegen, diesem Leben sehr oft erst die Kraft zu eigener Gestaltung verliehen und das in entscheidendem Maße mitzuschaffen halfen, was man sich mit dem Begriffe der „polnischen Kultur“ zu umfassen gewöhnt hat. Sie selber und ihre Nachkommen sind Polen geworden. Viele von ihnen haben mit ihrer völkischen Herkunft auch ihre erterbten Namen verleugnet, haben freiwillig oder auch gezwungen ihren deutschen durch einen polnischen Namen ersetzt, haben ihren deutschen Namen der polnischen Schreibweise entsprechend geändert oder zu ihrem deutschen einen polnischen Namen gefügt. Als Beispiele seien die Namen einiger der zahlreichen deutschen Adelsgeschlechter aus Westpreußen erwähnt, die in der Zeit der polnischen Herrschaft ganz oder teilweise verpolten: aus v. Kalkstein wurde Stolinski, aus v. Felden Jaktzewski oder Wipsinski; aus v. Ganden Trzeinski, aus v. Schlauchau Soluchorowski, aus v. Nostiz Bonkowski, aus v. Eisenau Elchanowski, aus v. Schleinig Konarski, aus v. Damerau Dombrowski, aus v. Lechwald Porowski, aus v. Dorpusch Dorpowski und so fort. Und um auch den nicht zu vergessen: der im Kreise Stuhm begüterte Graf Donimiciski entstammt, wie sein Wappen angeigt, der alten deutschen Adelsfamilie v. Brauchwitzsch. Es läßt sich nicht bestreiten, daß seit Jahrhunderten weit mehr deutsche Namen verpolnt als polnische Namen verdeutsch worden sind. Von polnischer Seite ist von jeher der Namensangleichung mehr Bedeutung beigelegt worden, als das auf der deutschen Seite im allgemeinen der Fall zu sein pflegte.

Aber viele der verpolten Deutschen haben auch ihre alten Namen behalten. Und so trifft man auch heute noch gerade unter den führenden Schichten Polens immer wieder auf Träger deutscher Namen. Es wäre ein Leichtes, besonders aus den Kreisen des geistig, wirtschaftlich und politisch maßgebenden polnischen Bürgertums hunderte von Beispielen zu nennen. Nur an einige sei hier erinnert: An der Spitze des polnischen Außenministeriums steht Oberst Beck. Der Wize-

landwirtschaftsminister heißt Adam Rose. Das Verkehrsministerium untersteht dem Obersten Ulrich (Ulrich). Einer seiner Amtsvorgänger hieß Kühn. Als Postminister wurde Oberst Boerner bekannt. Professor Bartel leitete als Ministerpräsident mehrfach die Geschicke des polnischen Staates. Bei den Wirtschaftsverbänden mit anderen Staaten wurde Polen während der letzten Jahre häufig von Ministerialdirektor Siebeneichen vertreten. Der vor kurzem in der Ostsee ertrunkene Leiter der See- und Kolonialliga war General Drlitz-Drescher. Der polnische Marinechef ist Admiral von Urug aus dem alten deutschen Geschlechte derer von Urub. Der Direktor des Statistischen Hauptamtes in Warschau heißt Sturm de Strem. Der Kommandierende General der pommerellischen Division ist Norwid-Neugebauer. Unter den Abteilungsleitern des Warschauer Innenministeriums gibt es einen Ministerialdirektor Hausner. In der Kattowitzer Wojewodschaftsverwaltung sitzt als Abteilungsleiter ein Dr. Kaufmann. Zu den Leitern der Postsparkasse in Warschau gehören Linder und Schmidt. Zu den führenden Leuten der Opposition zählt General Haller. Der heftigste Vertreter der Polonisierung der evangelischen Kirche in Polen ist der Generalsuperintendent Bursche in Warschau. Sein kirchenpolitischer Gegner auf polnischer Seite ist der Senator Ewert. Der Kommandant des Polnischen Schützenverbandes und Adjutant des Außenministers heißt Marjan Fejdrich (Friedrich). Barchel von Wendenthal gehörte zu den fähigsten Organisatoren der polnischen Militärorganisation. Der Wojewode von Lodz heißt Hauke-Nowak; er stammt aus einer deutschen Familie, die Polen schon mehrere bedeutende Männer geschenkt hat. Zu den Führern des amerikanischen Polentums gehört der Chicagoer Schütz.

Zu den bedeutendsten polnischen Schriftstellern der Gegenwart gehören neben dem schon erwähnten Wacław Berent auch Leopold Staff und Ferdynand Goetel. Unter den zeitgenössischen Malern Polens sei Jan Rosen erwähnt, von dem z. B. die Fresken der polnischen Kapelle auf dem Kohlenberg stammen. Der Rektor der Universität Krakau heißt Szafar; er hat früher wohl Schäfer geübt. An der Wäna...
 ihrer besten Graphiker gefeiert wird und einem mit dem Deutschritterorden nach Ostpreußen gekommenen deutschen Geschlechte entstammt. Der Rektor der Krakauer Kunstakademie ist Fryderyk Pautsch. Unter den polnischen Kunsthistorikern stehen Dettloff und Lreter an hervorragender Stelle. Josef Feldmann in Krakau ist als Geschichtsforscher und der in Berlin lebende Alexander Brückner als polnischer Literaturhistoriker auch im Ausland bekannt. Henryk Gaertner und Stanislaw Szoler in Lublin gehören zu den bedeutendsten Vertretern der polnischen Philologie. Als Verfasser vielgelesener Marineromane ist der deutschstämmige Conrad bekannt, der sich als Pole bekennt und seine Bücher in englischer Sprache schreibt. Man braucht auch nur irgendwelche Vorlesungsverzeichnisse der polnischen Universitäten und Hochschulen nachzuschlagen, um zahllose deutsche Namen in den Reihen der polnischen Wissenschaftler zu finden — von den deutschnamigen Juden abgesehen —, die verpölte Nachkommen deutscher Einwanderer sind. Man findet da Namen wie Roth, Kremer und Berger, Hahn, Fierich, Heinrich, Wolter, Weigt, Moldenhaver und Simm, Hubert, Wiesner, Hoffmann und Mayer, Szulz, Lindemann, Lampe und Szperl, Bieweger, Ettinger, Janzen und Sachs, Kühn, Gerstmann, Franke und Weber, Fiedler, Fuchs, Grisler und Schängel, Hausmann, Ebermann, Böttcher und Fischer und Tugend andere mehr. Der konservative „Gaz“ stand lange Zeit unter der Leitung des Redakteurs Mann. Der nationaldemokratische „Kurjer Poznański“ ist mit der zu den Bamberger Kolonisten zählenden Familie Leitgeber verbunden.

Warum das alles gesagt wird? Nicht etwa um den empfindlichen Leuten, denen es rot vor den Augen wird, wenn vom deutschen Kulturinfluss in Polen die Rede ist, zu nahe zu treten. Sondern darum, weil es von Zeit zu Zeit immer wieder einmal notwendig wird, festzustellen, daß die Polonisierung von Angehörigen fremden Volkstums eine durch die Jahrhunderte andauernde Erscheinung der polnischen Entwicklung ist, daß also für die polnische Seite durchaus kein Anlaß besteht, in „moralischer Entrüstung“ zu machen, weil auch umgekehrt polnische Menschen in den völkischen Randgebieten in fremdem Volkstum aufgewachsen sind. Und ferner deshalb, weil immer wieder einmal festgestellt werden muß, daß der Familienname, den einer trägt, kein untrügliches Kennzeichen seiner völkischen Zugehörigkeit ist.

Dr. R.

Polen hofft auf englische Hilfe

Es wäre verfehlt, wenn man die polnische Aktion gegen Danzig als eine von der übrigen Außenpolitik Polens getrennte Unternehmung ansehen wollte. Es genügt der Hinweis darauf, daß der britische Außenminister der Berichterstatter des Völkerbundesrates zur Danziger Angelegenheit ist, Oberst Beck aber als polnischer Außenminister in Genf den Auftrag erhalten hat, die Danziger Lage zu „klären“. Es versteht sich unter diesen Umständen von selbst, daß bei den Londoner Besprechungen des Obersten Beck auch die Danziger Frage eine gewisse Rolle gespielt haben muß. Und es gehört nicht viel Phantasie dazu, um zu begreifen, daß die gegen Danzig und damit gegen Deutschland gerichteten Demonstrationen, die während der letzten Wochen in Polen veranstaltet wurden, bestellte Arbeit gewesen sind, dazu bestimmt, dem Londoner Auftreten des Außenministers in der Danziger Frage den notwendigen Auftrieb zu geben. Es ist anzunehmen, daß die zügellose Ohnachtsarbeit, mit der die polnische Presse diese propagandistische Arbeit durchgeführt hat, nicht ganz die Erwartungen des Außenministers erfüllt hat. Es ist aber sicher, daß die Klagen und Forderungen, die die polnische Presse gegen die Freie Stadt vorgebracht hat, grundsätzlich der Linie der offiziellen Außenpolitik Polens entsprechen.

Es lohnt sich daher, diese Klagen und Forderungen zur Kenntnis zu nehmen, zugleich aber auch ihre Verlogenheit zu entlarven. Der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Dr. Papez, hat in einer an den Senat der Freien Stadt gerichteten Note unter dem Vorwand, daß die in Danzig lebenden Polen dadurch benachteiligt werden könnten, gegen die kürzlich erfolgte Neuordnung der Danziger Arbeitsvermittlung Einspruch erhoben. Dazu ist zu bemerken, daß es sich hierbei um eine innerdanziger Angelegenheit handelt, in die der polnische Vertreter ebenso wenig hineinzureden hat, wie etwa der Leiter eines Danziger Arbeitsamtes in die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des polnischen Staates. Der Leiter des Verbandes der Polen in Danzig, Budzynski, hat sich beim Senat über die angeblich „mangelhafte Berücksichtigung“ der in Danzig lebenden Polen seitens des Winterhilfswerkes beschwert. Dazu ist zu sagen, daß die Danziger Polen von sich aus das Winterhilfswerk nicht unterstützen und daß Budzynski seine Behauptungen durch keine glaubhaften Belege zu stützen vermocht hat. Die „Gazeta Handlowa“ hat das Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes der Bank von Danzig dazu benutzt, um für Polen eine ständige Vertretung in der Leitung des Notenbankinstitutes der Freien Stadt zu verlangen. Das ist eine Forderung, die Danzig mit Rücksicht auf die völlige Unabhängigkeit seiner Währung gegenüber den finanziellen Hegemoniebestrebungen Polens grundsätzlich ablehnen muß. Der „Kurjer Poranny“ hat in einem seiner Heftartikel u. a. von der angeblich „verzwiefelten Lage des polnischen Schulwesens“ in Danzig gesprochen. Es genügt darauf hinzuweisen, daß die „Polnische Schulumutter“ in ihrem letzten Bericht die restlose schulische Erfassung der im Freistaatsgebiet lebenden polnischen Volkstumzugehörigen festgestellt hat und daß gerade der Dorfkrach von Schöneberg zeigt, wie das polnische Schulwesen bereits in die rein deutschen Bevölkerungskreise einzudringen versucht. Im „Ausstronany Kurjer Godzienny“ ist u. a. die Behauptung aufgestellt worden, daß über das Gebiet der Freien Stadt Danzig Massenreichsdeutscher Warenzollfrei in das polnische Staatsgebiet eingeführt werden. In den wortreichen Ausführungen des Blattes findet sich jedoch bezeichnenderweise nicht die Spur eines Beweises für diese Behauptung, durch die die Notwendigkeit einer Vermehrung der Zahl und einer Verstärkung der Rechte der polnischen Zollinspektoren in Danzig hat glaubhaft gemacht werden sollen. In dem gleichen Blatt ist von dem „katastrophalen Absinken der zahlenmäßigen Stärke“ der in Danzig lebenden Polen und von der „fortschreitenden Liquidierung der polnischen Rechte in Danzig“ die Rede gewesen. Demgegenüber sei auf einen kürzlich in der „Gazeta Odnasta“ veröffentlichten Bericht über die Tätigkeit der polnischen Organisationen in Danzig verwiesen, in dem rühmend die „bedeutenden Resultate“ der polnischen Arbeit herausgestellt worden sind. Zu einer wahren Hege gegen Danzig aber hat die polnische Presse ihre Berichterstattung über den Schöneberger Dorfkrach gesteigert. Die Untersuchungen durch die hierzu allein zuständigen und befähigten Danziger Stellen haben er-

geben, daß durch die Schlägerei in Schöneberg, einem rein deutschen Dorfe des Danziger Werders, kein Angehöriger des polnischen Volkstums in Mitleidenschaft gezogen, wohl aber der Versuch, die Polonisierungsarbeit unter Anwendung ungefehrlicher Mittel in deutsche Bevölkerungskreise zu tragen, von einigen Dorfbewohnern in allerdings ziemlich drastischer Weise unterdrückt worden ist.

Man kann es sich ersparen, den üblen Ton, den bereits sprichwörtlichen „p o l n i s c h e n Stil“ zu charakterisieren, in dem von oppositioneller ebenso wie von regierungsparteilicher Seite in letzter Zeit wieder einmal gegen Danzig geheßt worden ist. Worauf es den Polen dabei angekommen ist, läßt sich unschwer erkennen, zumal dieselben Verleumdungen und Lügen, die die polnische Presse über Danzig in die Welt gesetzt hat, durch die bekannten polnischen Propagandanäle auch in einen Teil der englischen Presse lanciert worden sind. Die ganze Aktion ist, wie gesagt, nichts anderes gewesen, als ein Versuch, den polnischen Außenminister in London bei der Vertretung der These zu unterstützen, daß zur Sicherung der „wirtschaftlichen Interessen“ und der „nationalen Belange“ Polens in Danzig eine Erweiterung der vertraglichen Rechte Polens der Freien Stadt Danzig gegenüber erforderlich sei. Hierzu bedarf Polen der britischen Hilfe. Da London in letzter Zeit offenbar großen Wert darauf legt, mit Polen zu einem guten Einvernehmen zu kommen, um es in den Fragen der europäischen Politik im Bedarfsfall gegen Deutschland auszuspielen zu können, hält Polen, nachdem es vom Völkerbund ohnehin schon mit der „Klärung“ der Danziger Angelegenheit betraut worden ist, den Augenblick für gekommen, seine alten Pläne gegen Danzig ein Stück vorwärts zu treiben. Die Lage ist für Polen wirklich verlockend. Nur eines scheint man in Polen zu übersehen: daß es nämlich heute eine absolute Unmöglichkeit ist, ohne oder gar gegen Deutschland zu irgendeiner Entscheidung in der Danziger Frage zu kommen. Das heißt: Wenn Polen über Danzig sprechen will, hat es sich an Deutschland zu wenden.

Dr. R.

1000 Jahre polnisch-tschechische Feindschaft

Das Polnische Institut für Zusammenarbeit mit dem Ausland veröffentlichte in diesem Jahre in deutscher Sprache eine kleine Schrift von Boleslaw Zpracowicz unter dem Titel „Polnisch-tschechische Beziehungen“. Der Verfasser bekennt sich in der Einleitung zu seiner Schrift als ein Freund und Wortkämpfer der Annäherung und politischen Zusammenarbeit der beiden slawischen Völker gegen ihren „gemeinsamen Gegner“. Um so bemerkenswerter ist es, daß er das Problem geschichtlicher Grundlagen und Voraussetzungen für eine polnisch-tschechische Freundschaft festhält. Im folgenden sei das erste Kapitel der Schrift wiedergegeben. Die zahllosen Rechtsirrtümer, Entzerrungen und Fälschungen sind in der Wiederherstellung worden; mehrere solche Jahresangaben sind richtig gestellt worden; auf einige Fehler und Mängel der (im ganzen primitiven) geschichtlichen Darstellung ist in den Anmerkungen hingewiesen worden. Zpracowicz schreibt:

Dem allgemein vertretenen Glauben und auch den Erwartungen zum Trotz, die man in Bezug auf die Bluts- und Sprachverwandtschaft beider Völker, wie auch in Bezug auf die ihnen gemeinsam drohenden Gefahren und ihre Interessen hätte hegen können, waren die polnisch-tschechischen Beziehungen in der Zeit eines tausendjährigen nachbarlichen Nebeneinanderlebens durchaus nicht idyllisch. Sie waren vielmehr sogar feindselig und unfreundlich.

Der polnische Chronist Gall (im Anfang des 12. Jahrhunderts) betrachtete die Tschechen als „unfreundlichst gesinnte Feinde Polens“ — „infectissimi Polonorum inimici“. Der tschechische Geschichtschreiber Hollar aber schrieb, daß selbst der heilige Adalbert (gest. 997), „der gemeinsame Heilige der Tschechen und Polen“, das Wunder nicht vollbracht hätte, „in den zwei blutverwandten Völkern . . . Brudersliebe zu wecken“.

Im 10. Jahrhundert haben die tschechischen Herrscher der Przemyslidendynastie einen Teil polnischer Länder bei Krakau erobert¹) und Böhmen eingeerbt. Im 11. Jahrhundert hat dagegen Boleslaw der Tapfere in der Absicht, die polnischen und tschechischen Länder zu einem Reich zu vereinen, im Jahre 1003 Böhmen besetzt. Nach einem Jahre mußte er freilich unter dem Druck der Deutschen Prag räumen; er behielt aber dennoch Mähren und die westliche Slowakei unter seinem

Herrscherstab³⁾). Nach Boleslavs Tode versuchte der tschechische Fürst Bretislaw, polnische Länder Böhmen anzugliedern; er eroberte selbst die damalige Hauptstadt Polens, Osnese, doch durch den deutschen Kaiser bedroht, der eine Vereinigung der beiden slawischen Reiche zu verhindern wünschte, plünderte er lediglich die Hauptstadt und zog sich aus Polen zurück. Przemysl Ditto Kar II. unterstützte die Kreuzritter und fasste im Jahre 1267 den phantastischen Vorschlag, Litauen, das Land der Tazgenen⁴⁾ sowie Galizien zu bekehren und politisch wie auch kirchlich mit Böhmen zu verbinden. Sein Sohn Wenzel aber, gestützt auf das gefälschte Testament von Gersina, der Witwe des polnischen Fürsten Leszek des Schwarzen, trat mit Ansprüchen auf die Fürstentümer Krakau und Sandomir hervor, besiegte Wladislaw den Kurzen und ließ sich dank der Unterstützung seitens der polnischen kirchlichen Machthaber im Jahre 1300 zum polnischen König krönen⁵⁾). Nach dem Aussterben der Dynastie der Przemysliden nutzten die böhmischen Könige aus der Luxemburgischen Dynastie Johann und sein Sohn, der deutsche Kaiser Karl IV., ihre Uebermacht über die schlesischen Pfaffen, die ihren Besitz in kleine Fürstentümer zersplittert hatten, sowie die ständige Drohung der Macht der Kreuzritter an den nördlichen Grenzen Polens aus, um das polnische Schlesien einzuverleiben⁶⁾). In der großen Schlacht bei Grunwald im Jahre 1410 kämpfte freilich Jizka, der Hussitenführer, auf polnischer Seite; das königlich böhmische Heer jedoch stand auf Seiten der Kreuzritter.

Für ein Jahrhundert erfuhr diese polenfeindliche böhmische Politik eine Entspannung, als die Hussiten in Böhmen die Macht an sich gerissen hatten. Jizka unterstützte die Anwartschaft des polnischen Königs Wladyslaw Jagiello auf den böhmischen Thron. Das ließ aber damals die polnische Geistlichkeit aus konfessionellen Gründen nicht zu. Erst nach dem Tode Georgs von Podiebrad (1471) besiegten die Jagellonen (Wladyslaw und nach ihm sein Sohn Ludwig) für den Zeitraum von über fünfzig Jahren den böhmischen und ungarischen Thron. Als Ludwig bei Mohacs fiel (1526), gingen beide Kronen, die böhmische und die ungarische, von den Jagellonen auf die Habsburger über.

Zur Niederlage der Böhmen am Weißen Berge (1620) hat die polnische Reiterei, die der polnische König Sigismund III. aus dem Hause Wasa, ein eifriger Katholik, ebenfalls aus Glaubensrückichten den Habsburgern zu Hilfe gesandt hatte, das Ihre beigetragen. Nach dieser Niederlage kam eine ziemlich zahlreiche böhmische Emigration (36 000 Familien) nach Polen und wurde dort herzlich und gastfrei aufgenommen. Der berühmte tschechische Theologe, Pädagoge und Politiker Komensky verbrachte damals in Polen als Flüchtling eine ganze Reihe von Jahren. Für diese Gastfreundschaft hat er mit dem Verrat zugunsten der Schweden und mit der an England, Ungarn, die Schweiz und Danzig gerichteten Aufforderung bezahlt, einen Kreuzzug gegen Polen zu veranstalten, als es sichtbar wurde, daß die Polen die Schweden zu verdrängen begannen. Komensky hat sich auch in diesem Falle von seinem Glaubenseifer und seinem tschechischen Patriotismus bestimmen lassen. Er hoffte, daß die Schweden, die er als die unbesiegbaren Verteidiger des Protestantismus einschätzte, Polen besiegen, das katholische Oesterreich zerkümmern und die Böhmen wieder befreien, den „böhmischen Brüdern“ aber eine Rückkehr ins Vaterland ermöglichen würden. Nach dem Zurückschlagen des schwedischen Einfalls seitens der Polen war Komensky gezwungen, zu fliehen; und um für die getäuschten Hoffnungen an Polen Rache zu nehmen, veröffentlichte er eine giftige Schmähschrift voller Lügen gegen Polen, in der er dieses Land in den Augen des westlichen Europas anschwärzte.

In den Zeiten der Teilungen Polens, der französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege waren der böhmische Adel und die böhmischen gebildeten Schichten⁷⁾ fast vollständig germanisiert und hielten treu zu Oesterreich. Darum haben an den Freiheitskriegen der Polen im 18. und 19. Jahrhundert wohl zahlreiche Franzosen, Italiener und Ungarn, aber keine Tschechen teilgenommen. Die Revolution von 1831 fand in der deutschen Literatur in den bekannten „Polenliedern“ einen mächtigen Widerhall. Die Tschechen aber haben damals als österreichische Beamte, in der Zeit des triumphierenden österreichischen Absolutismus, voll Eifer und ohne Rücksicht die Polen in Galizien — germanisiert.

Auch die Erwecker des tschechischen Nationalismus haben Polens Unabhängigkeit als einen eiteln Traum betrachtet und Polens Freiheitsbestre-

bungen, besonders die, die gegen Rußland gerichtet waren, verurteilt. Palaký, „der Vater des tschechischen Volkes“, erklärte in einer Versammlung tschechischer Abgeordneter in Bezug auf den polnischen Aufstand von 1863, daß er „eine Befreiung des Slaventums nur im Anschluß an den russischen Jaren“ für möglich halte, und „daß er nicht an einen Sieg der polnischen Sache glaube; wenn jedoch solches geschehen sollte, dann würde dieses unser (d. h. der Tschechen) größtes Unglück sein“. In einem seiner Artikel schrieb er übrigens ohne Umschweife, „daß die Polen keine Hilfe oder Rücksticht verdienen“. Nahezu 30 Jahre später, im Jahre 1890, schreibt Masaryk nach seiner Rußlandreise, „daß die Polen, ebenso wie es die Tschechen getan haben, sich mit dem Gedanken abfinden müßten, daß sie bei dem gegenwärtigen Stand der Weltpolitik keinen unabhängigen Staat bilden könnten“. Professor Masaryk blieb ebenso wie Palaký Gegner der Unabhängigkeit Polens bis zum Sturz des Zarentums; und im Jahre 1920 war er, wie Palaký im Jahre 1863, Gegner jeglichen Bestandes (für die Polen) gegen Rußland, selbst gegen das Rußland der Sowjets. „Die Tschechen“, stellte der polnische Politiker Roman Dmowski fest, „teilten nicht, obgleich sie selbst ihre Unabhängigkeit erstrebten, unser Streben danach, als Rußland noch bestand; sie nahmen vielmehr den russischen Standpunkt ein und planten über unsere Köpfe hinweg politische und wirtschaftliche Verbindungen mit Rußland“.

Wie man aus dieser kurzen geschichtlichen Uebersicht der polnisch-tschechischen Beziehungen vom 10. bis zum 20. Jahrhundert ersehen kann, läßt sich eine polnisch-tschechische Freundschaft, von der bei begeisterten polnischen Tschechophilen zuweilen die Rede ist, historisch nicht begründen.

Anmerkungen: 1) Damals gehörten erst einige Teile Schlesiens zum Machtbereich der polnischen Herrscher; Oberschlesien und das Kreuztzer Land gehörten noch nicht dazu. — 2) Es war keine wirkliche Befreiung, sondern eine trügerische Befreiung, die sich nach bolschewistischer Art nicht mehr halten ließ. — 3) Die Zwangen waren ein Eisenpfeil, das in den Dünnen aufging. — 4) Die Preussenherrschaft über Polen hat nur wenige Jahre gedauert; 1806 gelangte wieder Wahslaw der Krone auf den polnischen Thron; der erbqualige Besitz der böhmischen Könige auf den polnischen Thron erfolgte erst 1336. — 5) Schellen stand damals bereits seit Generationen billig unter deutschem Einfluß; der Bericht Karmiers des Grafen von Walew auf die schlesischen Bergstädter im Jahre 1835 bedeutete nur die politische Anerkennung einer längst bestehenden Tatsache. — 6) Der polnische Verfasser hält die Begriffe böhmisch und tschechisch nicht klar genug auseinander.

Verdrängen! Enteignen! Polonisieren!

Es ist wieder einmal von der deutschfeindlichen Hege die Rede. Das böse Wort vom freigelassenen Sklaven, das der Parteiführer Dmowski nach dem Umsturz von 1918/20 auf seine Landsleute angewandt hat, und die Parole des Beutemachens, die um dieselbe Zeit der Generalprokurator Kierski verkündet hat, scheinen auch heute, nach mehr als anderthalb Jahrzehnten polnischer Staatlichkeit, an Aktualität noch nichts verloren zu haben. Man wird sich von der Richtigkeit dieser Vermutung leicht überzeugen, wenn man verschiedene Äußerungen polnischer Zeitungen und Versammlungsedner beachtet, die ebenso sehr mit Sorge um das Schicksal des Deutschtums in Polen erfüllen, wie sie geeignet sind, ein gewisses Mitleid mit den polnischen Opfern einer demoralisierenden Propaganda zu wecken. Es genügt, einige dieser Äußerungen wiederzugeben.

1. Das Blatt des Kattowitzer Wojewoden Grazynski, die „Polska Zachodnia“ veröffentlichte vor kurzem einen Artikel, in dem es u. a. heißt: „... Es bleibt noch eine Angelegenheit zu erörtern, und zwar die große Zahl der Arbeitslosen unter den (ostoberschlesischen) Deutschen. Die Deutschen selber betonen, daß diese Menschen wahrscheinlich niemals wieder eine Arbeit erhalten werden, zum mindesten in Ostoberschlesien nicht. Die Trostworte, daß es doch schon noch irgendwie gehen werde, entbehren jeder Begründung. Es wird eben nicht gehen! Andererseits müßte man, da die Arbeitslosigkeit bekanntlich demoralisierend wirkt, diesen Deutschen aus purer Menschlichkeit Arbeit verschaffen. Es gibt aber nur einen Ausweg aus dieser Lage: Zwei Drittel des (ostoberschlesischen) Deutschtums müssen an die Abwanderung denken“.

2. Der „Kurjer Poranny“ brachte einen Artikel seines Posener Korrespondenten, in dem dieser, ein gewisser Dr. Werner (!), zu nachstehenden Schlussfolgerungen gelangt: Das

deutsche Element in Posen und Pommerellen besitze einen wirtschaftlichen Einfluß, der seinen zahlenmäßigen Anteil an der Bevölkerung weit überschreite. Dieser Einfluß werde für Aktionen rein politischen Charakters, die mit dem Interesse des polnischen Staates unvereinbar seien, mißbraucht. Es werde dem Deutschtum zwar nicht gelingen, den fortschreitenden Entdeutschungsprozeß zu verhindern, aber es stehe zweifellos fest, daß es diesem Prozeß Hindernisse in den Weg zu legen verusche. Es sei das gute Recht des polnischen Staates, alle diejenigen Hindernisse, auf die der Entdeutschungsprozeß stoßen könnte, aus dem Wege zu räumen. Mit diesen „Hindernissen“ sind die deutschen Genossenschaften, Volkstumorganisationen, Schulen usw. gemeint!

3. Im „*Miastrowany Kutyr Godzienny*“ erschien ein Artikel, der sich mit den deutschen Weichselkolonien befaßte. Der Verfasser nimmt Anstoß daran, daß in der Umgebung von Thorn (wie übrigens auch um Bromberg, Natel, Wirsiß und Konig) noch rein deutsche Dörfer bestehen, daß diese Deutschen sich ihrer Muttersprache bedienen und selbst auf dem Marke in Thorn, wo sie ihre landwirtschaftlichen Produkte verkaufen, „in frecher Weise“ ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum betonen. Dann teilt er, um diesem „Mißstande“ abzuwehren, mit einer Reihe von Forderungen hervor; er verlangt ein Gesetz, das allen Inhabern eines Gewerbes oder Handelspatentes die Kenntnis und den Gebrauch der polnischen Sprache gebietet; und er verlangt, daß in Posen und Pommerellen der deutsche Großgrundbesitz aufgeteilt und, zum mindesten in einem 30 Kilometer breiten Grenzstreifen, „mit Rücksicht auf die Sicherheit des Staates“ der gesamte deutsche Besitz enteignet und polnischen Besitzern zugeteilt werde.

4. In Lissa wurden von der dortigen Ortsgruppe der Nationaldemokratischen Partei Flugblätter verteilt, in denen wieder einmal zum Boykott der deutschen Geschäftsleute aufgehetzt wurde. Die Flugblätter hatten folgenden Wortlaut: „In der Zeit, da sich die Einkäufe mehren, ist es heilige Pflicht eines jeden Polen und einer jeden Polin gegenüber der eigenen Nation und dem Staate, ausschließlich polnische Firmen zu unterstützen. Wer bei Juden oder Deutschen kauft, beeinträchtigt den wirtschaftlichen Bestand Polens, verursacht den Ruin polnischer Handelsunternehmungen, vergrößert die lange Reihe der Arbeitslosen und Armen. Wer die gefährlichsten Feinde Polens, die Deutschen und die Juden, mit Geld unterstützt, untergräbt die Fundamente des eigenen Staates, wird zum Vaterlandsverräter. Landsmann! Willst du aufrichtig die wirtschaftliche und politische Kraft Polens, dann kaufe nur beim Polen! Du willst doch nicht etwa zum Verräter werden an der polnischen Nation?“

5. In Gdingen fand im Zusammenhang mit der Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen eine Kundgebung statt, die vom Verband der Legionäre, also der dem Zweiten Marschall Polens am nächsten stehenden Organisation, veranstaltet wurde. In wüsten Reden wurde dort gegen die Freie Stadt Danzig und den Nationalsozialismus gehetzt, und als Krönung des Ganzen wurde eine Entschließung gefaßt, in der den Deutschen in Polen für den Fall, daß sich die polnischen Absichten auf Danzig nicht verwirklichen sollten, Gewalt angedroht wurde: „Wir kündigen an“, so heißt es in dieser Entschließung, „daß wir wegen der Bedrohung des pommerellischen Landes durch die nationalsozialistischen Parteifanatiker einen entschiedenen, kraftvollen und rücksichtslosen Kampf gegen das Deutschtum in Pommerellen beginnen werden.“

Ohne Umschweife ist der Wille zur Verdrängung des Deutschtums und der Wunsch, sich an deutschen Besitz zu bereichern, ausgedrückt worden. Verdrängen! Enteignen! Polonisieren! Das war in den ersten Jahren nach der Wiederaufrichtung des polnischen Staates der Anfang und das Ende jeder Betrachtung, die von polnischer Seite über das Verhältnis des polnischen Staates zur deutschen Volksgemeinschaft angestellt wurde. Es hat sich bis heute noch nicht das geringste an dieser Einstellung geändert. Es ist mitunter die Vermutung ausgesprochen worden, daß Äußerungen wie die oben erwähnten, die keineswegs vereinzelt dastehen, von den verantwortlichen Stellen wenn nicht ausdrücklich, so doch als reale Willensbekundungen abgelehnt werden. Ein solcher Optimismus ist durchaus nicht am Platze. Er setzt bei den verantwortlichen Stellen

eine tatsächlich nicht vorhandene Immunität gegenüber den landläufigen Hexenrollen voraus. Bis zum Beweis des Gegenteils ist es nicht angängig, hinsichtlich der Einstellung zum Deutschtum in Polen einen Unterschied zwischen den Trägern der deutschfeindlichen Hege und den staatlichen Behörden zu machen.

Noch eine Bemerkung sei zu diesem unerfreulichen Thema gemacht: Die Befähigung, die Rolle einer Großmacht zu spielen, ist nicht nur auf gewissen materiellen, sondern auch auf bestimmten ideellen Voraussetzungen begründet. Zu den ideellen Voraussetzungen gehört u. a., daß das Volk, das für seinen Staat den Anspruch, als Großmacht geltend zu machen, erhebt, in allen politischen Dingen über ein Mindestmaß an guten Manieren verfügt. Diese guten Manieren bestehen weniger darin, daß die Kunst, einen Partner mit Komplimenten zu beseligen, bei den zur Repräsentation berufenen Leuten die zweckmäßige Vollendung erreicht hat, als vielmehr darin, daß die Massen des Volkes und vor allem diejenigen Faktoren, denen auf Grund ihrer beruflichen Stellung oder ihrer Bildung die Beeinflussung der öffentlichen Meinung obliegt, über ein bestimmtes Maß an Selbstbeherrschung verfügen, das sie weder im Glück noch im Unglück verläßt. Zu dieser Selbstbeherrschung hat es das polnische Volk, insbesondere das politisch herrschende und von einer Unzahl von Renegaten durchsetzte polnische Bürgertum, wie die Einstellung zur deutschen Volksgruppe beweist, bis auf den heutigen Tag noch nicht gebracht. Das ist ein Mangel, der für die Wertung der polnischen Stellung im Rahmen der großen Politik recht bedeutungsvoll ist.

Revision des Wirtschaftsvertrages

Die polnische Regierung hat mit Bestimmtheit versichert, daß Polen dem Beispiel Frankreichs, Italiens und der anderen Staaten, die vor kurzem ihre Währung abgewertet haben, nicht folgen werde. Doch kann darüber wohl erst dann das letzte Wort gesprochen werden, wenn sich die Lage in den Abwertungsländern geklärt hat, d. h. wenn es sich herausgestellt hat, ob das Preisniveau dieser Länder ansteigt und ob dort nicht etwa noch eine weitere Abwertung für notwendig gehalten wird. Die durch die Abwertung der anderen Währungen entstehenden Schwierigkeiten für seinen Außenhandel hofft Polen durch die Mittel seiner Preis-, Währungs- und Handelsreglementierung zu überwinden. Es fällt ins Gewicht, daß die beiden Staaten, die als Handelspartner Polens weitaus an erster Stelle stehen, nämlich Deutschland und England, ihre Währungen stabil erhalten haben. Als Konkurrenten für die polnische Ausfuhr kommen die verschiedenen Abwertungsländer nur in geringem Maße in Frage. Dagegen ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß vor allem Frankreich, die Tschechoslowakei und die Schweiz, die sich schon seit längerer Zeit um den polnischen Absatzmarkt bemühen, den Preisvorsprung, den sie durch die Abwertung ihrer Währungen erlangt haben, zu einer Steigerung ihrer Ausfuhr nach Polen ausnützen werden. Doch ist der verlockende Bezug billiger Waren aus den Abwertungsländern mit entsprechenden Nachteilen für die polnische Ausfuhr verbunden, da der polnische Außenhandel durch Kontingentvereinbarungen usw. zum großen Teil festgelegt ist. So würde auch ein Abstinieren der polnischen Einfuhr aus Deutschland zugunsten der Einfuhr aus den Abwertungsländern eine Verringerung der polnischen Ausfuhr nach Deutschland nach sich ziehen.

Der deutsch-polnische Wirtschaftsvertrag und das Verrechnungsabkommen von 1935 haben sich im Prinzip zwar bewährt, doch haben sich die Erwartungen in bezug auf eine Steigerung des deutsch-polnischen Warenverkehrs nicht erfüllt. Vor allem stellten sich in den ersten Monaten nach Inkrafttreten infolge der Schwierigkeiten ein, als die polnische Einfuhr aus Deutschland sehr beträchtlich hinter der deutschen Einfuhr aus Polen zurückblieb, so daß es, um einen Ausgleich zu schaffen, notwendig wurde, für einige Zeit den deutschen Warenbezug aus Polen beträchtlich zu drosseln. Es hat sich weiter herausgestellt, daß verschiedene deutsche Erzeugnisse in Polen nicht in dem Maße absetzbar sind, wie man seiner Zeit bei der Festsetzung der Kontingente angenommen hatte, während sich für andere deutsche Waren der polnische Markt als so aufnahmefähig erwiesen hat, daß die fest-

gefehten Kontingente zur Befriedigung der Nachfrage nicht ausgereicht haben. Das ist z. B. bei Automobilen, Motor- und Fahrrädern, Schreib-, Büro- und Nähmaschinen, Handwerkzeug, Messerwaren, Tischgedecken, Tafelgeschirr usw. der Fall gewesen. Das hat — über die erwähnten Anfangsschwierigkeiten hinaus — zur Folge gehabt, daß der tatsächliche Warenaustausch, der auf 160 Millionen Floty veranschlagt worden war, beträchtlich hinter den bei Abschluß des Vertrages gehegten Hoffnungen zurückgeblieben ist und daß somit im Vergleich zu der Zeit vor Abschluß des Vertrages nur eine ganz geringfügige Steigerung des deutsch-polnischen Warenverkehrs zu verzeichnen ist.

Dabei ist zu bemerken, daß sich die Aufnahmefähigkeit des polnischen Marktes im Vergleich zum vorigen Jahre durchaus nicht vermindert hat. Die Gesamteinfuhr Polens ist in den ersten acht Monaten d. J. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 86 Mill. Floty auf 628,6 Mill. Floty gestiegen; das sind etwa 12 v. H. Die deutsche Einfuhr nach Polen hat sich nach den Angaben der polnischen Handelsstatistik in etwa demselben Maße vermehrt. An der Steigerung sind vor allem folgende Warengruppen beteiligt: Chemikalien, Metalle und Metallserzeugnisse, Maschinen, Apparate und elektrotechnische Artikel und Automobile. Dagegen ist die deutsche Einfuhr nach Polen besonders in folgenden Warengruppen gesunken: Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs, Tiere und tierische Erzeugnisse, Erzeugnisse mineralischen Ursprungs, Papier usw.

Vorerst ist der Anfang November d. J. ablaufende Vertrag bis Ende des Jahres in unveränderter Form verlängert worden, um Zeit zu den notwendigen Abänderungsverhandlungen zu gewinnen, die inzwischen begonnen haben. Abgesehen von einer Revision der Kontingentliste wird bei den Wirtschaftsbesprechungen mit Polen auch der Finanzierung der deutschen Einfuhr nach Polen besondere Beachtung zugewandt werden müssen. In dieser Hinsicht haben sich einige Schwierigkeiten ergeben, und zwar dadurch, daß für die nach Polen eingeführten deutschen Fabrikate beträchtlich längere Zahlungsfristen als für die von Deutschland aus Polen bezogenen Rohstoffe und Lebensmittel erforderlich sind. Deutschland aber nicht in der Lage ist, den Unterschied der Zahlungsfristen durch die Bereitstellung von Devisen zu überbrücken. Diese Schwierigkeit läßt sich nur dadurch überwinden, daß die polnischen Banken, was sie bisher nicht getan haben, die Finanzierung der polnischen Einfuhr aus Deutschland übernehmen, wozu sie, anders als die deutschen Banken, keiner Devisen bedürfen, sondern nur Kredite in polnischer Währung benötigen. Mit einer Anpassung der Kontingentliste an die Erfahrungen des ersten Geltungsjahres des Wirtschaftsvertrages und mit einer Aenderung in der Finanzierung der polnischen Einfuhr aus Deutschland ließen sich die einer Steigerung des deutsch-polnischen Warenverkehrs entgegenstehenden Momente beheben.

Polen wünscht, daß Deutschland seine Warenpreise herabsetzt. Es behauptet, die deutschen Waren seien für den polnischen Verbraucher zu teuer. Damit läßt sich jedoch die Tatsache schlecht vereinbaren, daß für eine ganze Reihe von Waren, deren Preise der Kaufkraft des polnischen Marktes angeblich auch nicht entsprechen, eine sehr lebhafte Nachfrage besteht. Die Behauptung über die abschwindende Wirkung des Preisniveaus der deutschen Ausfuhrwaren trifft vielleicht für einzelne Waren, aber sicherlich nicht in der allgemeinen Form zu, wie sie von der polnischen Wirtschaftspresse vorgebracht wird. Andererseits wünscht man polnischerseits, daß Deutschland für die Waren, die es aus Polen bezieht, bessere Preise bezahlt. Man behauptet, daß die Preise für Lebensmittel, die Polen nach Deutschland liefert, dem Niveau der Weltmärkte, nicht aber dem innerdeutschen Preisniveau entsprechen. Demgegenüber ist festzustellen, daß Polen bei seiner Lebensmittelausfuhr nach Deutschland erheblich bessere Preise erzielt, als es heute auf den meisten anderen Märkten erhält, und daß es im Gegensatz zur Ausfuhr nach anderen Ländern nicht nötig ist, die Ausfuhr nach Deutschland durch Exportprämien künstlich zu fördern. Wenn Polen sich auf den Standpunkt stellt, daß es die „zu teuren“ deutschen Fabrikate nicht mehr abzunehmen vermöge, weil es sie aus den Abwertungsländern jetzt billiger beziehen könne, so wird es auch in entsprechendem Maße darauf verzichten müssen, Lebensmittel nach Deutschland zu liefern. Lebensmittel kann Deutschland schließlich auch in anderen Ländern zu annehmbaren Bedingungen haben; aber schwerlich wird Polen seine Lebensmittel anderswo zu ähnlich günstigen Bedingungen wie in Deutschland absetzen können.

Der Freibrief der Stadt Lübeck

Am 14. Juni 1226, in denselben Tagen, in denen die ersten Ritter des Deutschen Ordens die Reichsfürstentümer und die Erzbischöfe Preuhens begannen, unterzeichnete Friedrich II. von Hohenhausen zu Bogen von Romm die Urkunde, durch die er Lübeck zur freien Reichsstadt erhob. Fast zu gleicher Zeit vollzogen sich also zwei Ereignisse, die für Jahrhunderte das Gesehen im Ostseeraume bestimmten und durch Dante und Dantesstaat dieser Raume seine deutsche Bestimmung gaben, die auch durch Verfall nicht gestört werden konnte. Lübeck war im ganzen Laufe seiner wahrreichen Geschichte immer aufs engste mit dem deutschen Osten verbunden. Ein Beweismittel zu dieser Verbundenheit soll es sein, wenn der Bund Deutscher Osten im Dezember d. J. eine seiner großen Jubiläumstage in Lübeck veranstalten wird.

Im Namen der Heiligen und Ungetheilten Dreieinigkeit. Friedrich II., von Gottes Gnaden Römischer Kaiser, Mehrerer des Reiches, König von Jerusalem und Sizilien.

Wenn die kaiserliche Majestät ihre freigebige Hand den getreuen Untertanen entgegenhält und diejenigen, die sich wohlverdient gemacht haben, mit würdigen Gaben belohnt, so stärkt sie dieselben in der Beständigkeit ihrer Treue und festelt ihren Willen und den anderer Getreuen noch stärker zum Gehorsam.

Deswegen wollen wir allen Getreuen des Reiches, gegenwärtigen und künftigen, zu wissen tun, daß wir uns die reine Treue und aufrichtige Ergebenheit vor Augen gehalten haben, welche, wie bekannt, alle Bürger von Lübeck, unsere Getreuen, gegen unsere Hoheit haben, daß wir die rühmlich bekannten und willkommenen Dienste wohlbedacht haben, die sie uns und dem Reiche allzeit geleistet haben und die sie künftig noch zu verbessern bedacht sein werden.

Indem wir sie als Wohlverdiente mit freigebiger Gnade bedenken wollen, verleihen wir ihnen und bestimmen, daß die vorgenannte Stadt Lübeck für alle Zeiten frei sein soll, nämlich eine unmittelbare Stadt und Ortschaft des Reiches, die unmittelbar zum Reiche gehören und niemals von dieser unmittelbaren Herrschaft getrennt werden soll; wir bestimmen ferner, daß wenn zur Regierung der Stadt vom Reiche ein Rector bestimmt wird, zu diesem Amte niemand bestellt werde, er stamme denn aus benachbarten Orten und Gebieten der Stadt; so daß die Burg, die Travemünde genannt wird, von demselben Rector zugleich befehligt werde. . . .

Wir verleihen ferner den genannten Bürgern, daß von keinem von ihnen in Oldesloe Zoll gefordert werden soll. Wir verleihen ihnen weiter, daß sie in der Stadt selbst eine Münze unter unserm Bild und Namen schlagen dürfen. . . .

Wir bestimmen und verleihen ihnen außerdem, daß weder wir noch einer der anderen Kaiser, unserer Nachfolger, von ihnen Geiseln fordern soll; vielmehr soll allein ihrem Treueide gegen das Reich Glauben beigemessen werden. Ferner sollen alle getreuen Kaufleute, die nach der Stadt zu Wasser oder zu Lande um ihrer Geschäfte willen kommen, jederzeit sicher kommen und sicher gehen, wenn sie ihre Gebühr erlegen, zu der sie verpflichtet sind.

Wir wünschen ferner und befehlen zur bestimmten Nachachtung, daß niemand, hoch oder niedrig, geistlich oder weltlich, sich jemals erühne, eine Befestigung oder eine Burg neben dem Travelflusse zu erbauen, von der Stadt stromaufwärts bis zur Quelle des Flusses, und von der Stadt stromabwärts bis zum Meere, und auf beiden Ufern bis zu zwei Meilen; und verbieten auf das gemessenste, daß ein fremder Vogt im Gebiete der Stadt die Vogtei auszuüben und Recht zu sprechen sich erdreiste.

Und da wir im übrigen besagte Bürger vor allen falschen und ungeredchten Auflagen schützen wollen, verbieten wir nachdrücklich, daß im ganzen Herzogtum Sachsen jene Steuer, die Ungel genannt wird, von ihnen erhoben werde. Außerdem soll sich kein Fürst, Herr und Edelman der umliegenden Gebiete erdreisten zu verhindern, daß das Notwendige von überallher in die Stadt Lübeck gebracht werde, es sei von Hamburg, von Ratzeburg, von Wittenburg, von Schwerin, auch aus dem ganzen Lande Bornwins und seines Sohnes; und in denselben Ländern darf ein jeder Bürger von Lübeck, er sei arm oder reich, ohne Hinderung kaufen und verkaufen. . . .

Aus der Ueberfülle unserer Gnade verleihen und bestätigen wir ihnen für alle Zeiten die Rechte, allen guten Nutzen und alle guten Gewohnheiten, deren sie sich seit der Zeit Kaiser Friedrichs, unseres Großvaters, glücklichen Angedenkens, bis jetzt, wie bekannt, bedienen haben, bestimmen und fügen kraft dieses Privilegs mit Nachdruck hinzu, daß durchaus keine Person, sie sei vornehm oder gering, geistlich oder weltlich, die genannten

Bürger von Lübeck, unsere Getreuen, in allem Vorgeschiedenen zu hindern oder zu stören mit frevelnem Mute sich unterstehe. . .

Damit das alles aber allzeit ungestört in Kraft bleibe, haben wir befohlen, gegenwärtige Urkunde auszufertigen und mit einer Goldbulle, die das Bild unsrer Majestät trägt, zu bekräftigen.

10 Jahre „Gleiche unter Gleichen“

„Mit Rebellen wird nicht verhandelt“. Dieses Wort stammt von einem Vertreter des damals erst im Entstehen begriffenen tschechischen Staates; und mit den „Rebellen“ waren die Sudetendeutschen gemeint. Dieses gehässige Wort, das jede Verständigung ausschloß, hatte zur Folge, daß die damaligen politisch aktiven Kräfte der sudetendeutschen Parteien, über die sonst zwischen ihnen vorhandenen Gegensätze hinweg, wenigstens in den volkspolitischen Fragen eine einheitliche Abwehrfront gegen die gewalttätige Staatsführung der Tschechen bezogen. Erst im Jahre 1926 sah sich die Prager Regierung aus innerpolitisch-taktischen und außenpolitisch-propagandistischen Gründen gezwungen, die sudetendeutschen „Rebellen“ als „Gleiche unter Gleichen“, als „gleichberechtigtes Staatsvolk“ neben den Tschechen (und den Slowaken) anzuerkennen. Seitdem sind zehn Jahre vergangen, und man kann sagen, daß sich die Berechnungen, die den damaligen Ministerpräsidenten Švebha zu dieser Schwendung bewogen, im wesentlichen als richtig herausgestellt haben. Die volkspolitische Einheitsfront der Sudetendeutschen, die bis dahin bestanden hatte (nur die Nazis hatten diese Front bereits vorher verlassen), wurde zerfallen.

Mit Recht kann man es als den größten, wenn auch den billigsten innerpolitischen Erfolg der in Prag regierenden Kreise bezeichnen, daß es ihnen im Jahre 1926 gelang, zwei der sudetendeutschen Parteien zur Beteiligung an der Regierung zu überreden und sie auf diese Weise mit der Verantwortung für alles das, was in nationalpolitischer Hinsicht seitdem geschehen ist, mitzubelasten. Es mag dahingestellt bleiben, was die Führer dieser Parteien veranlaßt hat, die gemeinsame Front zu verlassen und, ohne nationalpolitische Vorbehalte zu machen, in die Regierung zu gehen. Für die Tschechen jedenfalls sind die sudetendeutschen Minister niemals mehr gewesen als ein demokratisches Aushängeschild, hinter dem sie mit um so stärkerem Nachdruck ihre deutschfeindliche Vorbehalte zu machen, in die Regierung zu gehen. Für die Tschechen jedenfalls sind die sudetendeutschen Minister niemals mehr gewesen als ein demokratisches Aushängeschild, hinter dem sie mit um so stärkerem Nachdruck ihre deutschfeindliche Vorbehalte zu machen, in die Regierung zu gehen. Für die Tschechen jedenfalls sind die sudetendeutschen Minister niemals mehr gewesen als ein demokratisches Aushängeschild, hinter dem sie mit um so stärkerem Nachdruck ihre deutschfeindliche Vorbehalte zu machen, in die Regierung zu gehen. Für die Tschechen jedenfalls sind die sudetendeutschen Minister niemals mehr gewesen als ein demokratisches Aushängeschild, hinter dem sie mit um so stärkerem Nachdruck ihre deutschfeindliche Vorbehalte zu machen, in die Regierung zu gehen.

Aber wie so oft im politischen Leben, hatte man in Prag auch diesmal den Hauptfaktor, die urteilsfähige und Berechtigtheit suchende Volksseele, nicht in Rechnung gestellt. Rein instinktiv erkannten damals die Massen des Deutschtums, daß ihre Lebensinteressen weder von den an der Regierung beteiligten Landbündlern und Sozialdemokraten, noch von den nur noch scheinbar in Opposition zur Regierung stehenden Christlichsozialen wirklich gewahrt werden konnten. Der Ausgang der Wahlen vom 19. und 28. Mai 1935 hat das bewiesen. Die Prager Regierung hat die Verlegenheit, in die sie durch den ihr völlig überraschend gekommenen Sieg der Sudetendeutschen Partei versetzt

worden ist, dadurch zu überwinden versucht, daß sie sich durch einen dritten deutschen Minister, einen Christlichsozialen, ergänzte. Aber auch diese (bei den Wahlen stark dezimierte) Partei hat durch ihren Eintritt in die Regierung die Position der Prager Burg weder innen- noch außenpolitisch zu stärken vermocht. Die Hoffnung, daß es mit Hilfe dieser neuen „Regierungspartei“ gelingen werde, die Verbindung zwischen Wien und Prag herzustellen und damit eine mitteleuropäische Front gegen den Nationalsozialismus des Dritten Reiches zu schaffen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Die Christlichsoziale Partei ist, wie der Landbund und die Sozialdemokratie, auf dem besten Wege, auch noch die Reste ihrer Anhängerschaft zu verlieren, ohne das schwere Los des Sudetendeutschums in irgendeiner Hinsicht gebessert zu haben. Sie hat nur erreicht, daß Prag in die Lage versetzt worden ist, sich der internationalen Öffentlichkeit gegenüber jetzt auf drei statt auf zwei deutsche Minister als „Kronzeugen seines demokratischen Regimes“ zu berufen. In der erbarungslosen Deutschenfeindschaft der tschechischen Politik hat auch der dritte deutsche Minister nicht das geringste zu ändern vermocht.

Das Sudetendeutschum verlangt, daß es nicht bloß rhetorisch als gleichberechtigtes Staatsvolk anerkannt wird, sondern daß diese Anerkennung auch praktisch in allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens durchgeführt wird. Es hat kein Vertrauen zu jenen Parteien, die ohne die Absicht und ohne die Aussicht, dem Wort von der Gleichberechtigung einen realen Inhalt zu geben, in der Regierung verbleiben. Es ist sich darüber im Klaren, daß es ehrenvoller ist, in selbstbewußter Geschlossenheit außerhalb der Regierung zu stehen, als in der Regierung die Rolle einer einflußlosen Minderheit zu übernehmen, und daß es für seine Zukunft nützlicher ist, eine verschworene Gemeinschaft ohne Minister als ein Konglomerat von Parteien mit Ministern zu bilden. Nur die haben das Recht, im Namen des Deutschums des tschechoslowakischen Staates eine Beteiligung an der Regierung zu fordern, die vorher die geschlossene sudetendeutsche Front hergestellt haben.

Das Vereinsgesetz und die Deutschen

Es ist aus zahlreichen Einzelfällen bekannt, daß der kulturellen und sozialen Arbeit der deutschen Volksgruppe in Polen von Seiten der polnischen Behörden auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Diese Schwierigkeiten beruhen zum guten Teil auf organisatorischen Mängeln grundsätzlicher Art. Es gibt in Polen keine deutsche Organisation, die von den polnischen Behörden als Vertreterin der gesamten deutschen Volksgruppe anerkannt wird. Und es gibt keine deutsche Organisation, der es von den polnischen Behörden erlaubt wird, auf allen, für das Leben einer Volksgruppe wichtigen Gebieten tätig zu sein. Durch eine betont engherzige Auslegung des Vereinsrechts wird von den polnischen Behörden den deutschen Organisationen die personelle und sachliche Reichweite ihrer Arbeit systematisch beschränkt. Nach dem polnischen Vereinsgesetz muß jeder Verein in seinen Satzungen seine Tätigkeit angeben; die Angaben müssen sich sogar auf Einzelheiten erstrecken. Die alten deutschen Vereine, die schon vor der verschärfenden Neuordnung des polnischen Vereinsrechtes bestanden, sind dadurch, daß ihre Satzungen ihr Tätigkeitsgebiet zumeist nur in allgemeinen Worten umreißen, in erhebliche Schwierigkeiten geraten. Es ist ihnen z. B. verboten, sich um die Betreuung der deutschen Jugend zu kümmern, da sich ihre Tätigkeit auf ihre Mitglieder beschränken muß und sie Personen unter 18 Jahren nicht als Mitglieder aufnehmen dürfen. So ist es ihnen z. B. auch untersagt, ein Erntedankfest zu veranstalten, wenn die Durchführung solcher Feste in den Satzungen nicht ausdrücklich erwähnt worden ist. Daß sich bei einer solch engherzigen Auslegung der Zuständigkeit der Vereine für die dem deutschen Organisationswesen ohnehin ablehnend gegenüberstehenden Verwaltungsbehörden allenthalben Vorwände zu schütandösen und sinnlosen Eingriffen in das Leben der deutschen Volksgruppe ergeben, liegt auf der Hand. An sich sind nun im polnischen Vereinsgesetz gewisse Möglichkeiten einer Verbesserung der organisatorischen Lage der deutschen Volksgruppen enthalten. Es könnte z. B., wenn der Ministerrat zustimmen würde, eine

für den Ausbau und die Verwaltung des gesamten deutschen Schulwesens in Polen oder eine für die Betreuung der gesamten deutschen Jugend des Staates zuständige deutsche Organisation ins Leben gerufen werden. Aber — der Ministerrat gibt eben seine Zustimmung nicht. Ferner hätten die registrierten deutschen Vereine theoretisch die Möglichkeit, durch eine entsprechende Abänderung ihrer Satzungen ihren Tätigkeitsbereich zu erweitern. Aber — die polnischen Verwaltungsstellen lassen eben solche Satzungsänderungen nicht zu. Sie ziehen es vor, den deutschen Vereinen ihren Tätigkeitsbereich nach Möglichkeit zu beschränken oder die Vereine überhaupt aufzulösen, die sich einmal mit Dingen befaßt haben, die durch die Satzungen nicht ausdrücklich erlaubt sind.

Jüdische Auswanderung aus Polen

Während der letzten zwei Jahre hat die jüdische Frage in Polen ein neues politisches Aussehen erhalten. Wirtschafts- und innerpolitische Umstände sind hierfür bestimmend gewesen. Das polnische Dorf ist überbevölkert. Die Auswanderungsventile, durch die früher ein Teil des Menschenüberflusses abfließen konnte, sind schon seit Jahren verstopft. Durch eine beschleunigte Aufteilung des Großgrundbesitzes kann bestenfalls nur ein geringer Teil der in den Dörfern brachliegenden Kräfte aufgesaugt werden. Der Mangel an Kapital und Absatz läßt eine Vergrößerung des industriellen Sektors der polnischen Volkswirtschaft bis auf weiteres als ausgeschlossen erscheinen. Die Volkszahl in Polen wächst schneller, als sich eine Vermehrung der Arbeitsplätze durchführen läßt. Daraus ergibt sich die wirtschaftliche Aktualität der jüdischen Frage. Der Zugang zu Industrie, Handwerk und Handel ist für die vom Lande in die Stadt drängenden Menschen durch die geballte Masse proletarischer Juden weitgehend versperrt. Und zugleich ist der Zutritt zu den freien Berufen der im Uebermaß vorhandenen polnischen Intelligenz durch eine ganz unverhältnismäßig starke Schicht jüdischer Ärzte, Rechtsanwälte usw. verlegt. Es gibt etwa 3½ Millionen mosaischer Juden in Polen. Durch ihre Entfernung könnten mehrere hunderttausend Arbeitsplätze für Nichtjuden freigemacht werden.

Noch vor kurzem war die polnische Regierung nicht dazu zu bewegen, zur Judenfrage Stellung zu nehmen. Die Opposition machte sich diese zögernde Haltung, die die Regierung in den Verdacht der Judenfreundlichkeit bringen mußte, in ihrer Propaganda natürlich zunutze. Das Monopol der judenfeindlichen Propaganda war vor allem in den Händen der Nationaldemokraten eine für die Regierung gefährliche Waffe. Ob der Vorwurf der Judenfreundschaft, der gegen die Regierung erhoben wurde, berechtigt war oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Es steht aber fest, daß die Juden bei der Regierung Schutz gegen die nationaldemokratischen Angriffe fanden und daß sie im allgemeinen keinen Anlaß hatten, sich über eine Behinderung ihrer wirtschaftlichen und geistigen Expansion durch die Regierung zu beklagen. Der antisemitischen Parole der Opposition hatte die Regierung keine gleich wirksame Propagandalösung entgegenzusetzen. So blieb ihr schließlich nichts anderes übrig, als den Nationaldemokraten dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß sie selber in der jüdischen Frage die Initiative ergriff.

Das ist während der letzten Völkerbundstagung geschehen. Dort hat Polen sein Interesse an einer organisierten Massenabwanderung seiner Juden zum Ausdruck gebracht. Es hat in London zu verstehen gegeben, daß es die Absicht Englands, an dem Gedanken einer jüdischen Heimstätte in Palästina festzuhalten, begrüßt. Zugleich aber hat es auch darauf verwiesen, daß außer Palästina auch noch andere Aufnahmeländer für die gewaltigen jüdischen Massen, die in Zukunft aus den mittel- und osteuropäischen Ländern auswandern werden, zur Verfügung gestellt werden müssen. Nach den Absichten der polnischen Regierung soll die schriftliche Entjudung Polens so durchgeführt werden, daß jährlich mindestens 80000 Juden Polen verlassen. Die Kosten der Auswanderung sollen von der jüdischen Weltfinanz, die selbst das größte Interesse an einer möglichst reibungslosen Abwicklung der Judenfrage haben müsse, aufgebracht werden. Die Einhaltung der genannten Quote würde bedeuten, daß im Laufe von vier Jahr-

zehnten die Judenfrage in Polen als gelöst gelten könnte, da dann nur noch kleine Reste einer jüdischen Bevölkerung im Staate zurückbleiben würden. Die Initiative der polnischen Regierung ist auf den nahezu einmütigen Widerstand der polnischen Juden gestoßen. Im jüdischen „Nowy Dziennik“ heißt es z. B.: „Niemand kann uns zwingen, Polen zu verlassen, niemand kann von uns fordern, daß wir auf unsere bürgerlichen Rechte verzichten, die uns durch die Verfassung garantiert worden sind.“

Es handelt sich bei dem Vorschlag, den die polnische Regierung dem Völkerbund unterbreitet hat, zunächst um nichts anderes als um ein interessantes Experiment. Ueber seine Erfolgsaussichten läßt sich schwer etwas sagen. Es ist weder die Frage geklärt, ob der Völkerbund imstande sein wird, ausreichende Kolonisationsgebiete für die aus Polen abzuschickenden Juden zur Verfügung zu stellen, noch liegt irgendeine Erklärung darüber vor, daß das Weltjudentum bereit ist, die Finanzierung der Auswanderungsaktion zu übernehmen. Ohne ausreichende Niederlassungsgebiete und ohne die Hilfe der jüdischen Finanz aber wird die polnische Regierung ihren Vorschlag schwerlich verwirklichen können, vermutlich auch nicht verwirklichen wollen. Es muß aber trotz allem von den an einer Lösung der jüdischen Frage interessierten Kreisen nicht allein Polens als Fortschritt verbucht werden, daß durch den unter wirtschafts- und innerpolitischem Druck erfolgten Schritt der polnischen Regierung diese Frage einmal als förmlicher Vorschlag vor das breiteste internationale Forum gebracht worden ist.

Offland-Chronik

Der Zweite Marschall Polens

Am 11. November, dem polnischen Nationalfeiertag, erfolgte in Warschau die feierliche Ueberreichung des Marschallstabes an Edward Rydz-Śmigły, den Generalinspekteur der polnischen Armee. Damit ist dem General, den Piłsudski noch selber zu seinem militärischen Nachfolger ernannt hatte, auch das politische Erbe des Ersten Marschalls anvertraut worden.

Edward Rydz wurde 1886 in dem ostgalizischen Städtchen Brzezany geboren. Er besuchte dort das Gymnasium und studierte dann an der Akademie der schönen Künste in Krakau Malerei, später an der Jagiellonischen Universität Philologie. Unter dem Namen Smigły (d. h. der Schnelle) trat er einige Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges der polnischen Unabhängigkeitsbewegung bei. In der österreichischen Armee brachte er es bis zum Oberleutnant der Reserve. Bei Kriegsausbruch war Edward Rydz Kommandant des Lemberger Bezirks des polnischen Schützenverbands. Er ging als Angehöriger der Legionen Piłsudskis ins Feld, wurde Oberst und übernahm, als Piłsudski nach der Auflösung der Legionen im Jahre 1917 interniert wurde, die Leitung der geheimen polnischen Militärorganisation, aus der nach dem Umsturz das polnische Heer hervorging. 1919 war er an der Einnahme Wilnas beteiligt. 1920 stand er als Befehlshaber

der polnischen Truppenabteilungen in Lettgallen, nahm bald darauf am Marsch auf Kiew teil und tat sich beim „Wunder an der Weichsel“ durch den entscheidenden Flankenangriff auf die vor Warschau stehenden Bolschewisten hervor. Nach dem Rigaer Frieden wurde Edward Rydz, der inzwischen seinem Familiennamen den Decknamen Smigły angefügt hatte, von Piłsudski zum Armeeeinspekteur ernannt. In dieser Eigenschaft war er am Aufbau der polnischen Wehremacht, vor allem an der Schaffung eines leistungsfähigen Unteroffiziersstandes, der das Rückgrat jeder Armee darstellt, führend beteiligt. Mit Politik hatte Rydz-Śmigły bis zum Tode des Marschalls niemals etwas zu tun gehabt. Als Soldat hat er sich einen Namen gemacht. Als Politiker hat er während der letzten Monate die ersten Proben seines Könnens und seiner Absichten gezeigt. Innenpolitisch hofft er, durch die Erneuerung des auseinandergeplakten Regierungslagers die notwendige Stetigkeit und Festigkeit der Entwicklung des Staates sichern zu können. Außenpolitisch sieht er seine Aufgabe in der engen Zusammenarbeit mit dem französischen Bundesgenossen.

Ignatz Daszynski †

Einer der bekanntesten polnischen Sozialisten, der 1886 in Bytaw in Galizien geborene Ignatz Daszynski, ist am 31. Oktober d. J. in Byłkra gestorben. Daszynski kam schon mit 30 Jahren ins

österreichische Parlament, dem er bis zum Zusammenbruch des Habsburgerreiches angehört hat. Nach dem Zusammenbruch stand er an der Spitze der sich in Lublin bildenden Linkeregierung, die sich kurz darauf Pilsudski unterstellte. Er wurde wieder ins Parlament und dort zum Fraktionsführer der Sozialisten gewählt. Während des Bolschewikenkrieges trat er als Vizepremier ohne Portfeuille in die Regierung Witos ein. Im Jahre 1926 unterstützte er den Maiumsturz Pilsudskis, weil er diesen für ein sozialistisches Unternehmen hielt, zog sich dann aber enttäuscht von der neuen Regierung des Marschalls zurück. Als der Boden, auf dem er sich heimisch fühlte, das Parlament, an Bedeutung verlor, war auch Döszynskis politische Laufbahn zu Ende. Er gehörte zu den überholten Erscheinungen einer parlamentarischen Epoche. Schließlich zog er sich aus gesundheitlichen Rücksichten ganz aus dem politischen Leben zurück und verbrachte die letzten Jahre vergessen und vereinsamt in einem Sanatorium in Bystra.

Neuer deutscher Generalkonsul in Danzig

Der bisherige Generalkonsul des Deutschen Reiches in Danzig, von Radowig, wurde zum Gesandten in Luxemburg ernannt. Von Radowig kam im Dezember 1933 als Nachfolger des Gesandten Dr. Freiherrn von Thiermann nach Danzig. Zu seinem Nachfolger in Danzig wurde der bisherige Gesandte in Tirana, Dr. Erich von Luckwald, ernannt. Von Luckwald, geboren 1884 in Goslar, trat 1910 in den diplomatischen Dienst ein, wurde zunächst dem Generalkonsulat in Antwerpen zugeteilt, fand dann in Bukarest, im Auswärtigen Amt und bei der Botschaft in Sofia Verwendung und kam 1914 als 3. Sekretär an die Botschaft in Petersburg, von wo er 1914 zum Heeresdienst eingezogen wurde. 1915 wurde er zum Geschäftsträger in Luxemburg, 1926 zum Vizekonsul, im Jahr darauf zum Konsul in Lodz ernannt. Seit Ende 1931 war er zunächst als Konsul, dann als Gesandter in Tirana (Albanien).

Ehrung verdienter Auslandsdeutscher

Gelegentlich der Feier ihres 125jährigen Bestehens wurden von der Schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität in Breslau mehrere verdienstvolle Auslandsdeutsche zu Ehrendoktoren ernannt, und zwar von der Katholisch-theologischen Fakultät: Domkapitular Prof. Dr. Steuer in Posen; von der Evangelisch-theologi-

schen Fakultät: Pfarrer Alfred Kleindienst in Luck (Polen), Baron Dr. phil. Hans Rosen in Riga und Bischof Dr. phil. Philipp Popp in Agram; von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät: Konrad Henlein in Aich und Prof. Dr. jur. Ernst Swoboda in Prag; von der Medizinischen Fakultät: Prof. Dr. med. Otto Grosser in Prag und Freiherr Karl von Mantuffel, Kurland; von der Philosophischen Fakultät: Ritterschafthauptmann a. D. Freiherr Eduard von Dellingshausen, 33. in Potsdam und der Direktor des Hontenus-Gymnasiums in Kronstadt Adolf Meschendorfer.

Die Deutsch-Evang. Anstalten in Stanislaw

Anfang November feierten die Deutsch-Evangelischen Anstalten in Stanislaw ihr 40jähriges Bestehen. Diese Anstalten sind das ureigste Werk ihres Gründers und noch heutigen Leiters, des Superintendenten D. Theodor Zöckler, der im Jahre 1891 als junger Kandidat der Theologie nach Ostgalizien kam. Er fand damals in Stanislaw eine kleine Gemeinde evangelischer Deutsche, die zu einem Pfarrsprengel von der Größe des halben Königreiches Sachsen gehörten. Da es an kirchlicher Betreuung fast völlig fehlte und die deutsch-evangelischen Kinder polnisch-katholische Schulen besuchten, schien das in den weit zerstreuten Kolonien lebende Deutschtum dem völkischen Untergang hoffnungslos preisgegeben zu sein. Hier begann D. Zöckler sein Werk. 1898 wurde in Stanislaw die deutsch-evangelische Volksschule gegründet. Mit der Schule war eine Anstalt für die auswärtigen Kinder verbunden, die oft von weit her aus den einsamen jüdisch-polnischen Landstädtchen, aus den ukrainischen Dörfern, aus dem völkischen Gemisch des Naphthagebietes und aus den Sägewerkkolonien der Karpaten kamen. Mit den Kindern zogen nicht selten auch ganze Familien nach Stanislaw; sie fanden dort, zumeist als Angestellte und Arbeiter der Eisenbahn, Arbeit. Es kamen auch Kranke, denen man nach besten Kräften zu helfen versuchte. Es kamen Alte, die inmitten der deutschen Gemeinde eine Heimstätte suchten. Das Vertrauen, das dem Werke von den Deutschen Ostgaliziens entgegengebracht wurde, verpflichtete zu erweiterter Arbeit. Die Mittel wurden von Freunden in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz, vor allem aber von den Deutschen Galiziens selbst aufgebracht. Der Krieg unterbrach und zerstörte die Arbeit.

Das Deutschtum Galiziens war der Ausrottung nahe; das Land war verwüstet, die Menschen verarmt, die Rechtslage unsicher. Wenn es dem Deutschtum trotzdem gelungen ist, sich zu behaupten und zu entwickeln, so fällt ein gut Teil des Verdienstes den Stanislawer Anstalten zu. Auch sie mußten von Grund auf neu aufgebaut werden, und sie haben sich zum Zentrum des deutschen Lebens im südöstlichen Polen entwickelt. Neben Schule und Kinderheim wurde ein Gymnasium ins Leben gerufen, das neben dem in Lemberg das einzige deutsche Gymnasium Galiziens ist. Für die Schüler wurden mehrere Burgen eröffnet. Es entstand eine Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen. Das schon vor dem Kriege bestehende Diakonissenmutterhaus wurde erweitert; seine Erzieherschwestern, Pflegerinnen und Schwestern sind nicht nur in Stanislawer Anstalten selber, sondern auch in den gefährdeten deutschen Kolonien beschäftigt. Heute zählt die deutsch-evangelische Anstaltsgemeinde etwa 500 Menschen.

400 Mk. für einen Bauernhof

Am 2. November d. J. wurde durch Anwendung des Wiederkaufrechtes der deutsche Bauer Heinrich Holland in Leichrode (Kreis Wollstein) von seinem 84 Morgen großen Besitztum vertrieben. Diesem neuen polnischen Gewaltakt liegt folgender Tatbestand zugrunde: Der Ansiedler Gerhard Holland hatte das Besitztum bereits seit 1902 als Pachtstelle inne. 1912 war er so weit, daß er die Ansiedlung vom Preussischen Staat als Eigentum erwerben konnte. Als er im Jahre 1920 starb, übernahm auf Grund des Erbauseinandersetzungsvertrages sein Sohn Heinrich Holland den Besitz. 1921 erfolgte die grundbuchamtliche Eintragung auf den Erben, der seit 1902 ununterbrochen in Leichrode lebt und seit dem Uebergang Posen an Polen polnischer Staatsangehöriger ist. 1922 aber machte das Bezirkslandamt dem neuen Eigentümer gegenüber das Wiederkaufsrecht geltend. Dieser weigerte sich jedoch, das Grundstück herauszugeben und erhob Beschwerde im Verwaltungswege. 1923 leitete das Landamt dem Eigentümer in Ujja gegen Heinrich Holland die Klage auf Herausgabe des Grundstückes ein. In sämtlichen Instanzen wurde Holland verurteilt. Das Grundstück war von sachverständiger privater Seite auf einen Wert von

33 558,18 Floty eingeschätzt worden. Das Gericht aber erkannte einen Wiederkaufspreis von nur 16 133,25 Floty an. Von diesem Betrage zog das Appellationsgericht in Posen 11 202,48 Floty für Kosten und dergleichen ab, so daß der Wiederkaufspreis den das Landamt dem deutschen Eigentümer zuerkannte, auf 4 930,77 Floty zusammenschmolz. Alle Beschwerden und Bitten, das Verfahren einzustellen, blieben ohne Erfolg. Am 2. November wurde der deutsche Bauer durch den Gerichtsvollzieher, mehrere Beamte und Arbeiter im Beisein des neuen polnischen Besitzers von seinem Hofe vertrieben. Nach Abzug der Gerichts- u. Vollstreckungskosten hat der deutsche Bauer für seinen ganzen 84 Morgen großen Besitz 827,05 Floty erhalten. Es wird keinen anständigen Menschen geben, der in dieser Vertreibung eines Bauern von seinem rechtmäßigen Besitz etwas anderes als einen juristisch getarnten Diebstahl sieht. Die Frage, ob Polen ein Rechtsstaat ist, wird sich nicht in positivem Sinne beantworten lassen, solange es möglich ist, daß sich solche Fälle ereignen.

Landwirtschaftskammerwahlen in Memelland

Am 9. November fanden in den memelländischen Kreisen Heidekrug und Pogegen die Wahlen zur Landwirtschaftskammer statt. Wahlberechtigt zu dieser Kammer ist jeder Bürger des Memelgebietes, der am Tage der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet hat, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist und als Eigentümer oder Verwalter eines Grundstücks jährlich mindestens 2,50 Lit Grundsteuer zahlt. Einen wirklichen Wahlkampf hat es zu diesen Wahlen, obwohl auch das wirtschaftliche Leben des Memelgebietes durch das litauische Vorgehen stark politisiert worden ist, niemals gegeben. Eine gewisse Ausnahme haben die Wahlen von 1933 gebildet, bei denen es zwischen den damals entstandenen deutschen Gruppen, der Casj- und der Neumannpartei, um den Nachweis der größeren Anhängererschaft in der Landbevölkerung ging. Die Neumannpartei hat damals 27, die Casj-Partei 9 Sitze erhalten, während sich die Litauer mit einem Sitz zufriedengeben müßten. Bei den Wahlen vom 9. November sind in den beiden erwähnten Kreisen je eine deutsche und je eine litauische Liste aufgestellt worden. Die Wahl endete mit einem völlig eindeutigen Sieg der deutschen Listen. In Kreis

Pogegen hat die deutsche Liste sämtliche Sätze erhalten; die litauische Liste ist völlig leer ausgegangen. Um. *Vertrag* *Erklärung* *hat* *die* *litauische* *Liste* *einen*, *die* *deutsche* *sieben* *Sätze* *erzielt*.

6 Privatschulen für 5 000 Kinder

Der litauische Bildungsminister hat am 31. Oktober d. J. ohne Angabe von Gründen die Schließung der vom Kulturverband der Deutschen in Litauen unterhaltenen Volksschule in Meldekewischen bei Lauoggen verfügt. Die Schule bestand seit 1928; sie

wurde früher von etwa 50, zuletzt von 30 Kindern besucht; diese sind jetzt zum Besuch einer litauischen Schule gezwungen. — Von den zahlreichen deutschen Schülern, die es früher in Großlitauen gab, sind nur noch sechs Privatschulen übrig geblieben. Es liegt auf der Hand, daß diese Schulen für die etwa 5 000 deutschen Kinder des Landes keineswegs genügen. Auf Seiten der litauischen Behörden ist gegenüber der Neugründung deutscher Privatschulen keinerlei Entgegenkommen vorhanden. Seit drei und mehr Jahren liegen bereits mehrere Anträge auf Eröffnung deutscher Privatschulen unerledigt bei den Behörden.

Bücher über den Osten

Aus ostpreussischer Vergangenheit. Von Carl Engel. Verlag Gröbe und Unzer, Königsberg i. Pr. 1936. 166 Seiten. Mit 14 Abbildungen. — Das vorliegende, ausgezeichnet ausgestattete Werk des bekannten ostpreussischen Vorgehichtsforschers ist die völlig umgearbeitete und stark erweiterte Neuauflage der unter dem Titel „Bevölkerung Ostpreußens in vorgehichtlicher Zeit“ erschienenen Arbeit deselben Verfassers. Das mit zahlreichen guten Abbildungen versehene Buch gibt ein abgerundetes Bild der ostpreussischen Vorzeit. Es ist bei durchaus wissenschaftlicher Behandlung des Stoffes eine Arbeit, die durch die Heimatverbundenheit des Verfassers eine auch den Laien fesselnde Lebensnahe erhält. Die Rassen und Völker, die im Laufe der Jahrtausende auf ostpreussischer Erde geessen haben, werden an den Zeugnissen, die die Erde von ihrem Dasein bemahrt hat, geschildert. Daß die Darstellung auch durch die geschichtliche Zeit fortgeführt worden ist, erweitert das Buch zu einer bis in die Gegenwart hinaufreichenden und den heutigen ostpreussischen Menschen in seinen rassistisch-böhmischen Grundelementen erklärenden Geschichte der Besiedlung des Landes. Den praktischen Wert der Erkenntnisse, die das Buch vermittelt, faßt der Verfasser selber in den Worten zusammen: „Es ist von hoher nationalpolitischer Wichtigkeit für uns, zu wissen, daß in vorgehichtlicher Zeit weder Litauer noch Elawen jemals auf ostpreussischem Boden gesiedelt haben. Kein litauischer oder slawischer Grab- und Siedlungsfund ist bisher aus ihm bekannt geworden. Und eindeutig widerlegen die vorgehichtlichen Bodenfunde alle Versuche, Altpreußen zu einem litauischen oder slawischen Heimatlande zu stempeln.“

Dr. R.

Untersuchungen malarischer Bevölkerung. Von Dr. med. Otto Mariensfeld. 382. Heft der Veröffentlichungen aus dem Ge-

biete der Medizinalverwaltung. Verlagsbuchhandlung von Richard Schoep, Berlin 1934. 67 Seiten. Preis 2,40 RM. — Der Verfasser legt seiner eigentlichen Darstellung eine knappe landschaftliche und siedlungsgeschichtliche Betrachtung voraus. Er behandelt dann die biologischen und sprachlichen Verhältnisse sowie die bäuerlichen Siedlungsformen Masurens und entwickelt anschließend die Ergebnisse verschiedener Einzeluntersuchungen, die sich vor allem auf den Kreis Ortelsburg beziehen. Diese Untersuchungen beschäftigen sich mit den Wohnverhältnissen, der Ernährung und dem Gesundheitszustand und der körperlichen Beschaffenheit (der Körpergröße, der Kopf- und Gesichtsmasse, der Haar- und Augenfarbe) bestimmter Personengruppen, von denen sich gewisse Schlüsse auf die Gesamtbevölkerung Masurens ziehen lassen. Die Darstellung schließt mit einer knappen Umrissung des malarischen Volkscharakters. Dr. R.

Wälder und Menschen. Eine Jugend. Von Ernst Wiechert. Verlag Albert Langen — Georg Müller, München 1936. 251 Seiten. Preis Ganzleinen 6,50 RM. — Ernst Wiechert, der ostpreussische Dichter, dessen Bücher „Die Majorin“, „Die Magd des Jürgen Doodocil“ und „Hirtennovelle“ zu den meistgelesenen des zeitgenössischen ostdeutschen Schrifttums gehören, erzählt hier die Geschichte seiner Jugend, die sich tief zwischen den Wäldern und Seen Masurens und in einem Königsberger Gymnasium abspielt hat. Was er in seinen Büchern gestaltet hat, wird durch diesen Bericht über seine Kinder- und Schuljahre erklärt. Wiechert wendet sich mit seinem Jugendbericht eigentlich nur an seine Altersgenossen, die das geistige Gären und das feilsche Ringen ihrer Jugend in denselben äußeren Formen bürgerlicher Geistesheit und flandernmäßiger Gebundenheit durchgemacht haben wie er. Die Anderen werden sich beim Lesen des Buches an der

hervorragenden Kunst des Erzählens erfreuen, das Einseln des heranwachsenden Jungen mit den Wäldern und seinen Menschen und Tieren mitleben, sich über die vielen Eränen, die da nicht niedergekämpft, sondern geweint werden, wundern, und die ein wenig umständlich anmutende Rebellion der Gnomasaffen gegen die gekünstelte Ueberlegenheit des Alters mit interessierter Gespanntheit verfolgen. Aber sie werden schwerlich zu einem Vertrauensverhältnis zu dem gelangen, der da seine Jugend erzählt, weil dieser selber sich fühlbar gegen die abzugrenzen bestrebt ist, die ihrer Jugend heute unter anderen äußeren Formen durchzuleben und durchzukämpfen haben. Von einem, der sich für berechtigt hält, von seiner Jugend zu erzählen, darf man erwarten, daß er Rücksicht auf die Jugend Anderer zu nehmen und dieser etwas zu geben versteht.

Dr. K.

Amberg. Die alte Stadt im neuen Reich. Herausgegeben von der Stadt Amberg. Bauverlag Bayerische Hofmark, Nagrech 1936. 126 Bilder. — „Die Entdeckung einer schönen alten Stadt“ könnte man dieses Bildwerk über Amberg nennen. Mustergültig sind Auswahl und Aufschnitt der Bilder, ist auch die ganze Ausstattung des Buches. Vornehm und schlicht, ist es ein Geschenk für alle, die nach den vielen, noch zu wenig bekannten Schönheiten des deutschen Landes suchen. Dicht bei einander stehen in Ambergs steinernem Geficht der Formereichtum der alten und die Kraft der neuen Zeit. Um den Kern der Kirchenüberragten, gassendurchzogenen, barockgeschmückten Altstadt hat sich außerhalb des Ringes der ehemaligen Befestigungsanlagen das moderne Amberg mit Fabriken und Hochöfen gelegt. Und weiter hinaus dehnt sich das reizvolle Hügelland der Oberpfalz hinauf zur Klosterburg Raftl, ins stille Lauterachtal, zum Malerwinkel von Kallmünz und ins uralte Nabburg. Als eine „Stadt der Gegensätze“ könnte man Amberg bezeichnen. Aber doch bilden die feingeschnungenen Barockportale, die behelmten oder zwiebelfürmigen Kirchen, die steilen Dächer über schmalen Häuserfronten und die hölzernen Brücken eine lebendige Einheit mit der stählernen Zweckmäßigkeit der Werksanlagen vor den Toren der Stadt. Tore und Brücken, Kirchen und Bürgerbauten, Portale und Erker, Gassen und alte Winkel, dann wieder neuzeitliche Bauten, Industrieanlagen, schließlich Menschen aus Amberg und Landschaftsausschnitte aus der Umgebung zeigen die Aufnahmen, die geschickt und geschmackvoll zu einem vorbildlichen Bildwerk über eine deutsche Stadt zusammengestellt worden sind, die es verdient, bejagt und gesehen zu werden.

Dr. K.

Armee im Schatten. Die Tragödie eines Reiches. Von Bodo Kalltenboeck. Verlag Georg D. W. Callwey, München 1936. 288 Seiten. Preis 4,80 RM. — Es kam nicht bestritten werden, daß wir die alte österreichisch-ungarische Armee in vielfach unverdient schlechter Erinnerung haben. Es muß auch gesagt werden, daß die schlauesten Operettenfiguren, die uns noch heute auf der Bühne und

im Film unentwegt als k. u. k. Offiziere serviert werden, eine geschmacklose Verhöhnung einer Armee darstellen, deren Divisionen als unsere Bundesgenossen in den Karpaten, am Helego und in Tirol zu Schlacht verglühten. Darüber besteht jedenfalls kein Zweifel, daß die k. u. k. Armee um vieles besser war, als es die Politik der Habsburger verdiente. Wir haben im Reich zu sehr die verächtliche Etappe, die tschechischen Deserteure, die Charakterlosigkeit der Politiker und die Nationalitätenkämpfe im Hinterland gesehen und uns noch zu wenig darum gekümmert, was es bedeutet, wenn eine aus Angehörigen von mehr als zehn Nationen bestehende Armee vier Jahre hindurch zuerst voller Begeisterung, dann voller Glauben und Hoffnung und schließlich aus Pflichtgefühl und Verzweiflung die Fronten gegen überlegene und vielfach stammverwandte Gegner behauptet und selbst noch dann behauptet, wenn das Reich, das sie schützen soll, schon nicht mehr besteht. Mag das, was sich im Lande abspielte, auch eine einzige große Schweinerei gewesen sein, — die k. u. k. Frontarmee hat es bestimmt nicht verdient, daß man von ihr mit gutmütiger Beringschätzung spricht. Es hat in ihre deutsche Regimenter gegeben, von denen kaum ein Mann aus dem Kriege heimgekehrt ist. Der Krieg ist für die Deutschen des Habsburgischen Vielvölkerreiches nicht nur eine unerhörte soldatische, sondern auch eine nicht minder große nationale Leistung gewesen. Von dieser doppelten Leistung spricht Kalltenboeck in seinem Buche. Er spricht oft mit Bitterkeit von der Verleumdung der k. u. k. Armee durch die Deutschen im Reich. Er geht hierin mitunter so weit, daß er Menschen und Dinge ohne Grund bemäht, an die der Deutsche im Reich nicht rühren läßt. Das ist zu bedauern. Denn es ist geeignet, die berechtigte Absicht des Buches als ungerechtfertig erscheinen zu lassen.

Dr. K.

Mittelalterliche Malerei im Ordensland Preußen. Teil 1 Westpreußen. Von Dr. Georg Bruger. 103 Seiten und 16 Bildtafeln. Verlag A. W. Kafemann G. m. b. H., Danzig 1936. Preis 3,75 RM. — Die Arbeit ist als Heft 2 der „Danziger kunstgeschichtlichen Forschungen“ erschienen. Es ist eine leider nicht abzustreitende Tatsache, daß sich die deutsche kunstgeschichtliche Forschung bisher noch verhältnismäßig wenig mit den Kunstmalern des Ostens befaßt hat. Was von der Kunst des Deutschen Ordens und seiner Zeit bekannt ist, das ist im allgemeinen nur die architektonische Leistung der Ordensbauten. Die Malerei des Ordenslandes ist z. T. noch nicht genügend erforscht, z. T. in größerem Rahmen nur summarisch behandelt. Bruger hat in seiner Arbeit die Wand- und Tafelmalerei im westpreussischen Teil des alten Ordenslandes dargestellt, in Marienburg, Marienwerder, Danzig, Thorn, Kulm, Kulmsie, Nheden, Schwes, Neuenburg, Strasburg, Elbing, Rosenberg, Pelpin usw. Die Darstellung reicht bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Zu jedem einzelnen Kunstwerk wird das über seine Entstehung Bekannte und das für seine kunst-

geschichtliche Eingliederung, seinen gegenwärtigen Zustand usw. Notwendige mitgeteilt. Den Einzeldarstellungen schließt sich eine Abhandlung über die Stilphasen der gotischen Ordensmalerei in Westpreußen an. Es ist in der Arbeit mehrfach von einem „slawischen Einschlag“ die Rede. Hierzu ist zu bemerken, daß diesem in kultureller Hinsicht keinerlei schöpferische Bedeutung beizumessen ist und ebenso wenig als eine künstlerische Mitwirkung slawischen Volkstums zu verstehen ist, wie etwa das dialektische Abfärben von einer räumlich benachbarten Sprache schon eine geistige Mitwirkung fremden Volkstums bedeutet. Die deutsche Kunst im Ordensland Preußen war der Kunst im benachbarten Polen so hoch überlegen, daß sich die Annahme einer Beeinflussung von dorthier von selber verbietet.

Dr. R.

Oberlieder. — Bauern und Bergmannsgelage. Von Hans Niekravicz. Der Oberschlesier Verlag, Oppeln 1936. Je 32 Sei-

ten. Preis je 1.— RM. — Diese beiden neuen Bände, die in schlichter und geschmackvoller Ausführung vorliegen, legen erneut Zeugnis von der Kunst dieses oberchlesischen Grenzdistriktes ab. Er begleitet in dem neuen Bändchen mit seinen Versen die junge Ober auf ihrem Weg durch oberchlesisches Land, und spricht in dem anderen von Art und Arbeit des Bauern und Bergmanns. Seine Verse sind volltönend und von eigenem Rhythmus bewegt. Der Erfolg seines Gedichtbandes „Kantate OS“, der im gleichen Verlage erschienen ist, hat gezeigt, daß Niekravicz zu den anerkannten Dichtern des oberchlesischen Grenzlandes gehört.

Dr. R.

Berichtigung. Zu dem in Nr. 20 des „Ostland“ vorangegangenen Werk über die Entwicklung des Danziger Stadtbildes, das von Prof. Kloppelel vorbereitet wird, teilt die Vereinigung zur Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler in Danzig mit, daß dieses Werk nicht mit ihrer Unterstützung erscheint.

Besucht den deutschen Osten!

Weit Stoß in Oberschlesien. Vor kurzem wurde in der kleinen Holzkapelle des in der Nähe von Oppeln gelegenen Dorfes Mühlenbach eine etwa anderthalb Meter hohe Holzstatue als ein Werk des Nürnberger Meisters Weit Stoß erkannt. Die Statue war vor etwa 100 Jahren als ein Geschenk einer Gutsherrschin in der Nähe von Turawa in die Kapelle gekommen. Der Münchener Kunsthistoriker Prof. Dr. Effen ist nach eingehender, von einer besonderen Kommission unterstützten Prüfung zu dem Ergebnis gelangt, daß die leider stark beschädigte Statue (die alte Glöcklerin von Mühlenbach ist einmal über sie gestolpert) zu den Frühwerken des Nürnberger Meisters gehört und in der Zeit entstanden sein muß, in der Weit Stoß im Auftrage der damals deutschen Stadt Krakau mit der Fertigstellung seines bedeutendsten Werkes, des dortigen Marienaltars, beschäftigt war. Es ist möglich, daß die nach Mühlenbach verschlagene Statue, die jetzt im Oppelner Museum untergebracht ist, eine Studie für den Krakauer Altar gewesen ist. Ueber die Statue heißt es in einem Bericht: Der Gesichtsausdruck der Marie ist sinnend und weich. Der Mantel trägt die für Weit Stoß charakteristischen „Ohrsalten“. Das Jesuskind hält einen Granatapfel in der Hand. An die Füße der Maria schmiegen sich kleine Engel. Die ursprünglichen Farben des Kunstwerkes sind durch eine spätere grobe Bemalung verdeckt.

Reichsheerndmal Lannenberg. Das Lannenbergdenkmal ist eine Weihestätte des ganzen deutschen Volkes. Um diesen Charakter noch besser als bisher zu wahren, und dem Denkmal die feierliche Stille zu geben, die der Weihe des Ortes entspricht, werden jetzt die in der Nähe des Denkmals verlaufende Verkehrs-

straße und der an dieser Straße liegende „Lannenberg-Krug“ verlegt. Gleichzeitig wird auf einem Gelände von 200 Morgen rund um das Denkmal ein Wald angepflanzt und unmittelbar um das Denkmal ein Wall errichtet, damit die gesamte Anlage aus der Ebene herausgehoben und erhöht liegend erscheint. Außerdem werden die Straßen nach Hohenstein ausgebaut und der Bahnhof in Hohenstein selbst vergrößert, so daß sich in Zukunft auch stärkster Massenerverkehr reibungslos abwickeln kann.

Weltkriegsmuseum in Löben. Das Weltkriegsmuseum in Löben, das eine reichhaltige Sammlung von Erinnerungsstücken an den Einfall der Russen in Ostpreußen enthält, wird mit Unterstützung des Staates und der Provinzialverwaltung Ostpreußen in einer „Vaterländischen Gedenkhalle“ untergebracht werden. Der Bau wird ehestens errichtet.

Jugendherberge Pillau. Die ständig steigende Zahl der mit dem Creditstil Ostpreußen ankommenden Augenwanderer hat in Pillau den Bau einer neuen Jugendherberge notwendig gemacht, die jetzt in Demagung genommen wurde. Die neue Herberge, deren Lagestämme in ostpreußischen bäuerlichen Stil gehalten sind, bietet mehr als 200 Wanderern Unterkunft.

Insterburg plant Festspiele. Insterburg trägt sich mit dem Gedanken, künftig während der Internationalen Turnierwoche Festspiele zu veranstalten und damit den zahlreichen in- und ausländischen Turnierbesuchern auch in kultureller Hinsicht etwas Besonderes zu bieten. Die Stadt hofft in absehbarer Zeit die Verwaltung des Insterburger Ordensschlosses übernehmen und damit ihre Festspielpläne schon im nächsten Jahre verwirklichen zu können.